Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 88 (1993)
Heft: 4

Artikel: Verschmäht, verkannt und doch bewährt : Raumplanung zwischen gestern und morgen

Autor: Badilatti, Marco

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-175605

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Raumplanung zwischen gestern und morgen

Verschmäht, verkannt und doch bewährt

von Marco Badilatti, Publizist, Zumikon

Ende August hat die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP), an deren Gründung der Schweizer Heimatschutz beteiligt war und in deren Vorstand er noch heute vertreten ist, ihr 50jähriges Bestehen gefeiert. Wir benützen diesen Anlass zu einem Rück- und Ausblick über die Raumplanung in unserem Land. Wie ist sie entstanden und hat sie sich entwickelt, was wurde bisher erreicht, wo steht sie heute, welches sind ihre derzeitigen Probleme und wie soll es weitergehn?

Die Raumplanung ist keine «Ausgeburt» unserer Zeit. Schon unsere Vorfahren haben sich Gedanken darüber gemacht, wie ihr Lebensraum zu gestalten sei. So waren beispielsweise die römischen Siedlungen auch in unserem Land bereits nach verschiedenen Funktionen geordnet. In den mittelalterlichen Städten wurden lärmige und stinkende Gewerbe meist von andern Quartieren getrennt und in Randgebiete verbannt. Und als die Klöster naturbelassene Räume in Kulturlandschaften umwandelten, gingen sie dabei ebenfalls gezielt vor.

Planen wird salonfähig

Später, im 18. und 19. Jahrhundert, wurden die ersten Industrieanlagen nicht irgendwo aufgestellt, sondern nahe bei den Rohstoffen, Energiequellen und besten Verkehrsverbindungen. Zugleich begünstigten die politischen Gegebenheiten einerseits dezentrale, anderseits aber regional oft einseitige Strukturen. Mit dem Bau der grossen Eisenbahnlinien, der lange föderalistischem Gezänk zum Ofer fiel, bis sich 1870 der Bund einschaltete, wurde eine zentralisierte Besiedlung gefördert. Dieser Prozess setzte sich fort mit dem Auf- und Ausbau des Strassennetzes und den grossen Transittunnels durch die Alpen. Räumlichen Überlegungen entsprangen um die Jahrhundertwende ferner die zahlreichen Gewässerkorrektionen, Meliorationen und der Waldschutz.

Zwischen den beiden Weltkriegen tauchten dann Institutionen auf, die sich explizit raumplanerischen Fragen zuwandten. So befasste sich die «Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft» (gegründet 1918) vor allem mit der Nutzung des heimatlichen Bodens, legte einen gesamtschweizerischen Siedlungsplan vor und regte die Aufnahme eines Kulturlandkatasters an, während die «Schweizerische Landesplanungskommission» (1937) einen Regional- und Landesplanungsbericht erarbeitete. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges gewährte der Bund erstmals Beiträge an planerische Massnahmen, und 1943 wurden in Zürich die «Schweizerische Vereinigung für Landesplanung» (siehe separater Kasten) sowie die Zentrale für Landesplanung an der ETH (später ORL-Institut) gegründet. Um die selbe Zeit entstanden in einzelnen Kantonen die ersten Planungsämter und Regionalplanungsgruppen.

Unterwegs zum Gesetz

Als nach 1945 eine intensive Bautätigkeit einsetzte und die Landschaft immer mehr zersiedelte, wurde vielen Gemeinden bewusst, dass dieser Entwicklung nur mit einer zweckmässigen Ortsplanung zu begegnen war. Zunächst bemühte man sich darum, das Bau- und Landwirtschaftsgebiet möglichst klar zu trennen und Kulturland zu sichern. Da sich aber die Kräfte weitgehend auf die kommunalen Bauzonen beschränkten, eine regionale Koordination höchstens ansatzweise stattfand und sich der Baudruck weiter verstärkte, genügten die vorhandenen Instrumente bald nicht mehr. Immer lauter ertönte der Ruf nach überkommunalen und griffigeren Planungsmitteln. Nun wurden regionale Zweckverbände gebildet, die öffentlichen Planungskompetenzen ausgebaut, zahlreiche bodenrechtliche Vorstösse lanciert und als Standesorganisation 1964 der Bund Schweizer Planer gegründet. Nachdem eine Expertenkommission entsprechende Vorschläge eingebracht hatte, wurde die Raumplanung mit der Annahme des Bodenrechtsartikels am 14. September 1969 in der Bundesverfassung verankert.

Jetzt ging es zügiger vorwärts: 1971 schickte der Bundesrat den Entwurf zu einem Raumplanungsgesetz in die Vernehmlassung und veröffentlichte er vom ORL-Institut der ETH entwickelte «Landesplanerische Leitbilder der Schweiz» sowie einen Bericht des Bundes zur «Raumplanung Schweiz». In einer Feuerwehrübung wider die überbordende Bauerei erliess dann das Parlament im folgenden Jahr den «Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung». Ängste vor der Bundesbürokratie und vor Eigentumseinschränkungen liessen zwar 1976 die erste Fassung in einer Referendums-Abstimmung knapp scheitern, doch auf den 1. Januar 1980 konnte das neue Bundesgesetz über die Raumplanung in Kraft treten und wurde die bisherige Abteilung des Raumplanungs-Delegierte zum Bundesamt für Raumplanung.

Die Instrumente

Das Raumplanungsgesetz verlangt im wesentlichen, dass Bund, Kantone und Gemeinden haushälterisch mit dem Boden umgehen, für eine geordnete Besiedlung sorgen und ihre raumwirksamen Aufgaben aufeinander abstimmen. Zu diesem Zweck wurden drei Hauptinstrumente geschaffen: die Richtpläne der Kantone, die Nutzungspläne der Gemeinden und als besondere Massnahme des Bundes die Konzepte und Sachpläne. Mit den Richtplänen sollten die Kantone generell die Probleme, Ziele und Massnahmen aller raumwirksamen Tätigkeiten innerhalb ihres Einzugsgebietes aufzeigen und aufeinander abstimmen. Es galt, geeignete Landwirtschafts-, Erholungs- und Schutzgebiete auszuscheiden sowie die erwünschte Entwicklung in den Bereichen Siedlung, Verkehr, Versorgung und öffentliche Bauten und Anlagen zu definieren. Demgegenüber sind die kommunalen Nutzungspläne örtlich genau eingemessen, für jedermann verbindlich, daher auch kon-

flikträchtiger. Sie bezwecken vor allem, das Landwirtschafts-, Bau- und Schutzgebiet klar abzugrenzen, die Bauzonen nach verschiedenen Kriterien zu unterteilen und konkrete Bauvorschriften zu erlassen. Schliesslich geht es bei den Konzepten und Sachplänen darum, Bauvorhaben des Bundes in den kantonalen Richtplanungen zu berücksichtigen und diese zu koordinieren. Parallel dazu wurden in den siebziger und achtziger Jahren auf Bundesebene weitere raumwirksame Gesetzeswerke geschaffen und die Raumforschung gefördert. In etlichen Kantonen wurden neue Bau- und Planungsgesetze erlassen, anderswo die regionalen Planungen vorangetrieben, und auch die Gemeinden begannen angesichts der auf sie einstürzenden Probleme mit ihrer Ortsplanung ernster zu machen.

Eine Fahrt vom Genfer- an den Bodensee zeigt indessen, dass trotz aller planerischen Zielsetzungen und Instrumente zumindest bis zu Beginn der neunziger Jahre weiterhin viel gebaut, fruchtbarer Boden geopfert und die Landschaft zersiedelt wurde. Und wenn sich der jahrelang überhitzte und überdimensionierte Baumarkt unter der Konjunkturflaute inzwischen auch merklich abgekühlt hat, kündigen sich mit der europäischen Integration, der Agrarpolitik der EG und des GATT, des globalen Bevölkerungswachstums und der neuen Völkerwanderung, der NEAT, grossen Umnutzungsprojekten von Industriearealen usw. neue raumplanerische Herausforderungen an. Angesichts ihrer Fülle und Komplexität darf man sich zurecht fragen, ob wir zu ihrer Bewältigung ausreichend gerüstet sind.

Sichtbare Erfolge

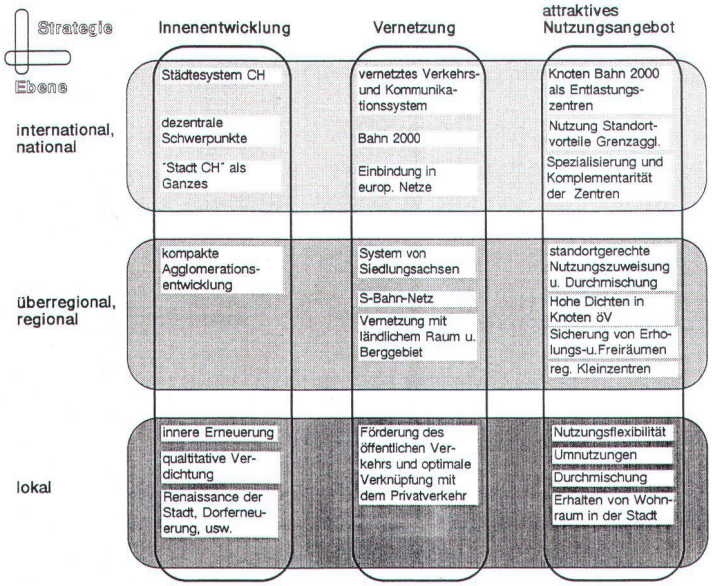
Zieht man die bisherigen Erfahrungen zu Rate, wird klar, dass die Raumplanung trotz aller Schwächen und Fehler insgesamt positiv gewirkt, gefährliche Entwicklungen gedämpft, in geordnetere Bahnen gelenkt und Schlimmeres verhindert hat. Und das, obwohl sie wie kaum ein zweites öffentliches Gebiet den widersprüchlichsten Interessen und mitunter langwierigen demokratischen Prozessen ausgesetzt ist. So sind Behörden und Bevölkerung heute für Fragen der Bodenschonung stärker sensibilisiert als noch in den fünfziger oder sechziger Jahren.

Der Rechtswissenschafter Professor Dr. Martin Lendi bringt es auf den Punkt: «Wenn es heute eine raumbezogene Verkehrspolitik gibt, wenn Berggebiete und Agglomerationen in ihren Entwicklungen differenziert betrachtet werden, die offene Landschaft in Abgrenzung zum Baugebiet weitgehend geschätzt ist, die Siedlungsentwicklung nach innen gelenkt und ganz allgemein ein haushälterischer Umgang mit den Ressourcen angestrebt wird, dann ist das ein Erfolg der Raumplanung Schweiz... – und dies alles bei einer doch immens gestiegenen Bevölkerung von rund 4,2 Mio. im Jahre 1942 auf 6,9 Mio. im Jahre 1992.»

Wo drückt der Schuh?

Das alles kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch auf diesem Gebiet etwelche Vollzugsdefizite bestehen, die Gemeindeautonomie den immer mehr nur überkommunal zu bewältigenden Aufgaben (man denke nur an die Deponienplanung) in die Quere kommt, dass es mit der Gesetzesrevision nur harzig vorangeht und sich angesichts des in den letzten Jahrzehnten ständig dichter und unübersichtlicher gewordenen Paragraphenwaldes mancherorts Planungsverdrossenheit und immer lautere Deregulierungsparolen breit machen. Obschon zweifellos ein Handlungsbedarf besteht, die Raumplanung zu vereinfachen, transparenter, verständlicher und bürgernäher zu machen, wäre es jedoch verhängnisvoll, das Kind mit dem Bade auszuschütten und das mühsam Erarbeitete und Bewährte leichtfertig kurzfristigen Überlegungen preiszugeben. Denn es harren unser räumliche Probleme, die uns in den nächsten Jahren noch einiges zu schaffen geben werden.

Rudolf Muggli, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, macht auf drei zentrale Aspekte aufmerksam: Da sei erstens die Frage, wie es angesichts der internationalen Agrarpolitik und des Strukturwandels innerhalb unserer eigenen Landwirtschaft



Grundzüge der Raumordnung.
Schéma des tâches d'aménagement du territoire.

50 Jahre Landesplanung

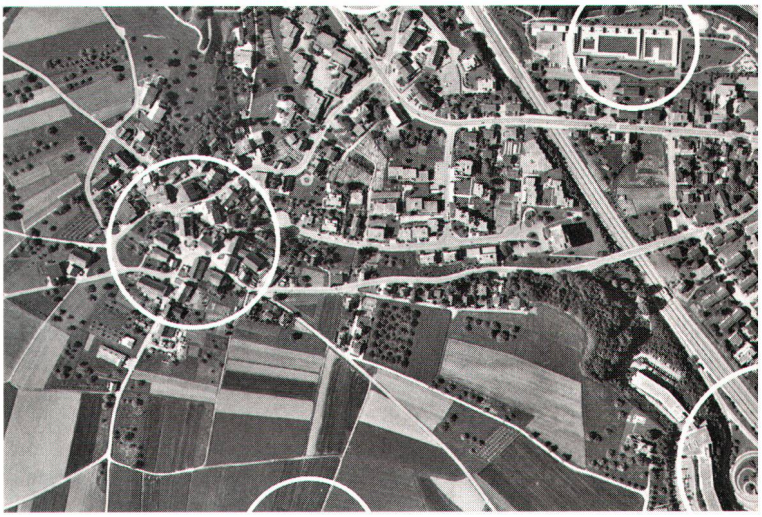
ti. In unserem Land die bedeutendste Privatorganisation auf dem Gebiet der Raumplanung ist die «Schweizerische Vereinigung für Landesplanung» (VLP). Sie wurde am 26. März 1943 in Zürich gegründet, besteht aus sechs Sektionen (Regionalgruppen), und es gehören ihr heute alle Kantone, 1620 Gemeinden sowie 2043 Kollektiv- und Einzelmitglieder an. Die Vereinigung erstrebt «eine geordnete räumliche Entwicklung der Gemeinden, der Kantone und des gesamten Landes. Dabei tritt sie für eine Nutzung des Bodens ein, die uns und zukünftigen Generationen den Raum für Wohnung, Arbeit, Nahrung und Erholung in möglichst sinnvoller Weise sichert.» Ihrer Leitung gehören namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Zurzeit präsidiert sie der Baselbieter Regierungsrat Eduard Belser.

Die VLP hat von allem Anfang an massgeblich mitgewirkt beim Aufbau der Landes-, Regional- und Ortsplanung in der Schweiz. In dieser Rolle hat sie zahlreiche Initiativen ergriffen zu Planungen und Gesetzen, Verordnungen und Reglementen in Gemeinden, Kantonen und beim Bund und dabei aktiv mitgearbeitet. Ihre Tätigkeit im Planungsrecht unterstützt sie durch vielfältige Fachtagungen und Kurse für Praktiker, durch die Herausgabe von Fachschriften, einen Pressedienst usw. Daneben erstellt sie im Auftrag von Dritten Gutachten und berät und dokumentiert sie den Bund, Kantone, Gemeinden und Private. Die laufenden Aufgaben, für die ein Jahresbudget von rund 1,8 Mio. Franken zur Verfügung stehen, werden von einem vollamtlichen Sekretär in Bern unter der Leitung des Fürsprechers Rudolf Muggli besorgt.

mit dem ländlichen Raum, seiner Nutzung, Bewirtschaftung und seines Schutzes weitergehen soll. Beim zweiten Problemkomplex drehe es sich darum, die beiden Systeme «Verkehr» und «Siedlungen» besser aufeinander abzustimmen; dazu sind internationale, nationale und regionale Lösungen gefordert. Schliesslich hätten wir uns zu überlegen, was in unsern Feriengebieten und namentlich im Alpenraum vorzukehren sei, um den Tourismus als Erwerbsgrundlage der einheimischen Bevölkerung zu erhalten, ohne dass dieser die dortigen Lebensbedingungen übermässig belastet (Umwelt, Bodenpreise, Erstwohnungsanteile/Zweitwohnungsbau, Freizeitanlagen usw.).
Für den Direktor des Bundesamtes für Raumplanung, Dr. Hans Flückiger, geht es in der Raumplanung fortan überdies darum, das zunehmende Spannungsfeld zwischen Gemeindeautonomie und nationalen Anliegen sowie zwischen Nutzungsplanung und strategischer Ausrichtung auszugleichen. Dies zumal die Kantone unter Hinweis auf die kommunale Autonomie Unbequemes häufig nicht erledigten. Auch gelte es, die Raumplanung noch besser auf die Finanz- und Steuerpolitik abzustimmen, das zuweilen problembelastete Verhältnis zum Umweltschutz zu klären und die Verfahren zu vereinfachen.

Offensiver werden

Wenn die Raumplanung heute trotz ihrer Erfolge und neuen Herausforderungen oft noch immer nur als beengendes Korsett angesehen wird, das die privaten Eigentumsrechte zu sehr schmälere, wird ihre koordinierende und übergreifende Aufgabe verkannt. Denn gerade durch ihre ordnende Funktion schränkt sie nicht nur ein, sondern schafft sie erst jene Freiräume, innerhalb derer die unterschiedlichsten Nutzungsansprüche an den Raum erfüllt, aber auch sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Dass dies von allen Kräften nicht nur Forderungen verlangt, sondern auch Opfer und Abstriche, versteht sich. Raumplanung denkt aber nicht nur an uns, sie ist naturgemäss ebenso auf die Zukunft ausgerichtet, auf die Gestaltung des Lebensraumes unserer Nachkommen. Mithin beinhaltet sie auch eine starke sozialethische Komponente, die vor jeder raumverändernden Entscheidung zu berücksichtigen ist. Dazu kommt ihr schützender Einfluss auf die natürliche Umwelt, welcher bedingt, in unser Denken und Handeln die Tier- und Pflanzenwelt, Wasser, Luft und Erde einzubeziehen.
Bei alledem dürfen wir aber die Eigendynamik politischer, wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen nicht vergessen. Sie bedingen, dass Raumplanung und das sie stützende Recht ebenfalls dynamisch bleiben, sich verändernden Situationen anpassen. Es gehört vielleicht zu den Hauptschwächen der Planer, in der Vergangenheit oft zu perfektionistisch und technokratisch ans Werk gegangen zu sein, «Endlösungen» angestrebt und auf Entwicklungen oft defensiv reagiert zu haben, statt in die Offensive zu gehen und aus dieser Haltung heraus die angemessenen Strategien zu entwickeln.
Umgekehrt hat die Raumplanung auch immer wieder flexibel auf neue Probleme geantwortet und kreative Ansätze zu ihrer Bewältigung entwickelt. Dazu gehört der Ende 1987 vom Bundesrat veröffentlichte Raumplanungsbericht, der eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen zu einer haushälterischeren Bodennutzung enthält, sowie die zurzeit vom Bund erarbeiteten «Grundzüge der Raumordnung». Solche Leitlinien taugen jedoch nur etwas, wenn sie von der gesamten Bevölkerung aktiv mitgetragen werden. Denn Raumplanung ist keineswegs nur eine Angelegenheit von Planern, Juristen und Behörden. Sie fordert jeden Bürger und jede Generation immer wieder neu heraus!



L'aménagement du territoire doit toujours avoir en vue l'ensemble aussi bien que les parties.
Raumplanung muss sowohl das Ganze, als auch seine Teile im Auge behalten (Bild BSG).

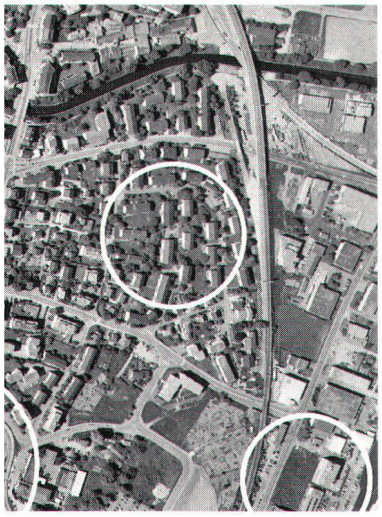
L'aménagement du territoire entre hier et demain

Dédaigné, méconnu, il a pourtant fait ses preuves

par Marco Badilatti, publiciste, Zumikon (résumé)

A fin août, l'Association suisse pour le plan d'aménagement national (ASPAN), à la fondation de laquelle la LSP a participé et où elle est représentée au comité, a célébré son cinquantenaire. Nous saisissons cette occasion pour parler du passé et de l'avenir de l'aménagement du territoire dans notre pays. Comment est-il né et s'est-il développé, qu'a-t-il réalisé jusqu'ici, où en est-il aujourd'hui, quels sont ses problèmes actuels et comment doit-il poursuivre son action?

L'aménagement du territoire n'est pas un phénomène moderne. Les établissements romains, par exemple, même en Helvétie, s'ordonnaient selon diverses fonctions. Dans les villes médiévales, les métiers dérangeants occupaient des quartiers périphériques. Et au début de l'ère industrielle, les installations se fixaient à proximité des matières premières, des sources d'énergie, des nœuds de communication. La construction des grandes lignes de chemins de fer entraîna une centralisation de l'habitat, processus qui s'est poursuivi avec l'extension du réseau routier et des tunnels alpins. Corrections de cours d'eau, améliorations foncières et protection des forêts s'inspirèrent aussi de considérations aménagistes.



Entre les deux guerres mondiales apparurent des institutions visant explicitement l'aménagement du territoire, telle l'Association suisse pour la colonisation intérieure et l'agriculture industrielle (1918), inspiratrice d'un cadastre agricole, ou la Commission suisse d'aménagement national (1937), qui étudia aussi la planification régionale. C'est au début de la deuxième guerre que la Confédération commença à subsidier les mesures de ce genre. L'ASPAN (voir encadré) date de 1943, ainsi qu'un organisme de l'E.P.F. de Zurich.

C'est après 1945 que l'intense activité de la construction fit clairement voir la nécessité de séparer les zones agricoles des zones de construction. La pression de cette dernière devint telle que des mesures intercommunales s'imposèrent et qu'apparurent des organisations régionales. Sur le plan fédéral, une étude d'experts aboutit à l'adoption d'un article constitutionnel, en september 1969. Le Conseil fédéral présenta un projet de loi en 1971. La crainte d'interventions bureaucratiques et de limitations du droit de propriété fit d'abord le succès d'un référendum, mais un nouveau projet put entrer en vigueur le 1er janvier 1980, et l'Office fédéral pour l'aménagement du territoire put être créé.

La loi prévoit pour l'essentiel que Confédération, Cantons et communes économisent le sol, veillent à une construction bien ordonnée et se répartissent les tâches: plans directeurs pour les Cantons, plans d'affectation pour les communes, et mesures spéciales de la Confédération à l'enseigne de «conceptions et plans sectoriels». Il s'agit de bien délimiter les zones de construction, les zones agricoles, celles de délassement et les domaines protégés, les premières étant subdivisées selon divers critères. Enfin, le mouvement s'est amplifié, à tous les échelons et dans divers domaines législatifs.

Un voyage du lac Léman au lac de Constance montre néanmoins qu'en dépit de toutes les mesures planificatrices, on a sacrifié énormément de terres cultivables et de sites naturels. Et si la «haute conjoncture» désordonnée que nous avons connue est maintenant bien calmée, on pressent que l'intégration européenne, la politique agricole de la CE et du GATT, la croissance démographique, l'immigration, les NLFA, les grands projets de transformation industrielle, etc., vont poser de nouvelles exigences en matière d'aménagement. Serons-nous en mesure d'y faire face?

Expériences faites, il est incontestable qu'en dépit de ses lacunes, l'aménagement du territoire a eu dans l'ensemble un effet positif, a stoppé d'inquiétantes évolutions, a apporté de l'ordre et évité le pire. Et cela bien qu'il soit, comme nul autre secteur public, exposé aux conflits d'intérêts et à la lenteur des processus démocratiques. Autorités et population sont maintenant plus sensibilisées aux questions posées que dans les années 50 ou 60, et plus disposées à faire les sacrifices nécessaires à la création de zones de délassement et de protection de la nature.

On doit cependant constater certains défauts d'application des mesures légales, dues souvent à l'autonomie communale; la révision de la loi est laborieuse; la «forêt de paragraphes», devenue parfois trop touffue, suscite de la mauvaise humeur et des appels à la «dérégulation». S'il est vrai que l'aménagement a besoin d'être plus simple, plus compréhensible et plus proche des citoyens, il serait cependant grave de «jeter l'enfant avec l'eau du bain» et de sacrifier les fruits d'un long travail, sous l'empire de considérations à courte vue. Si l'aménagement du territoire peut sembler trop rigoureux, il ne faut pas méconnaître son rôle coordinateur. Cette fonction ordonnatrice n'est pas seulement limitative: c'est elle qui crée les espaces libres dont chacun peut profiter des façons les plus diverses. Si l'aménagement demande des sacrifices, ce n'est pas seulement dans notre intérêt, mais dans celui des générations futures. Il protège aussi, à leur intention, l'environnement naturel.

Il faut évidemment tenir compte en toutes circonstances de la dynamique propre de l'évolution économique, politique et technique; elle implique que l'aménagement et ses assises juridiques restent également dynamiques et adaptées aux changements. Les planistes ont peut-être été dans le passé trop perfectionnistes ou technocratiques; ils ont peut-être réagi trop «défensivement», au lieu de développer des stratégies offensives. Il n'en reste pas moins que l'aménagement a toujours répondu avec souplesse aux problèmes nouveaux et a su les dominer dans un esprit créatif. Voir à ce sujet le rapport du Conseil fédéral sur l'aménagement publié en 1987 et qui contient toute une série de propositions concrètes, ou les grandes lignes sur l'organisation spatiale, actuellement élaboré par la Confédération. De telles directives ne vaudront cependant que si elles sont activement soutenues par la population. L'aménagement n'est pas une affaire de spécialistes et d'autorités: il exige la participation de tous les citoyens et de toutes les générations!

50 ans d'ASPAN

ti. Dans notre pays, la plus importante organisation privée en matière d'aménagement du territoire est l'Association suisse pour l'aménagement national (ASPAN), fondée le 26 mars 1943 à Zurich, et qui comprend six sections (groupes régionaux); tous les Cantons, aujourd'hui, y ont adhéré, ainsi que 1620 communes et 2043 membres individuels. L'Association vise «une évolution harmonieuse du territoire des communes, des cantons et de l'ensemble du pays». Elle recommande à cette fin une utilisation du sol qui nous assure, ainsi qu'aux générations futures, «un emploi du sol aussi judicieux que possible pour l'habitat, la vie professionnelle, l'alimentation et le délassement». D'importantes personnalités de la vie publique participent à sa direction. Elle est actuellement présidée par le conseiller d'Etat Edouard Belser, de Bâle-Campagne.

L'ASPAN a fortement contribué à la planification nationale, régionale et locale. A cet égard, elle a pris de nombreuses initiatives dans les domaines des plans et de la législation, des ordonnances et des règlements, aussi bien sur le terrain communal que cantonal et fédéral, et y a activement collaboré. Elle soutient ses activités en matière de planification par toute espèce de cours et colloques pour praticiens, par la publication de fascicules spécialisés, par un service de presse, etc. A la demande de tiers, elle prend en mains des expertises; elle conseille et documente la Confédération, les Cantons, les communes et les particuliers. Ses tâches courantes, pour lesquelles elle dispose d'un budget de 1,8 million de francs, sont assumées par un secrétariat à plein temps, que dirige à Berne l'avocat Rudolf Muggli.